Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 58 (1964)

Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : wie soll geholfen werden? ; "Das Dilemma des weissen Mannes" ; Amerikas harter Kurs ; China - "nicht gefährlich" ; Gegenrevolution in Brasilien ; Westdeutsche Wende?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140889

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

tont immer wieder wie sehr Hromádka ein östlicher Mensch ist, wie seine Theologie von der böhmischen Reformation geprägt ist. «Man darf sie nicht mit dem Maßstab westlichen Denkens messen und all das, was wir nicht ohne weiteres verstehen können, sofort der Beeinflussung durch den dialektischen Materialismus zuschreiben ... Wenn Hromádka als Theologe spricht, so ist seine Sprache geprägt von der innigen Glut und dem Feuer östlichen Empfindens. Die Ergriffenheit und Bewegtheit seiner Theologie kann man nur schwer umschreiben mit der Begrifflichkeit, welche dem westlichen Denken geläufig ist. Sie wird auch nicht erfaßbar mit dem, was wir mit Gefühl bezeichnen. Es brennt in seiner Theologie das Feuer des östlichen Menschen und sie wird getragen von einer elementaren Herzlichkeit, zu deren Ausdruck der westliche Mensch kaum fähig ist.»

Am zentralen *Begriff der Kirche* zeigt der Verfasser, worum es Hromádka in der Theologie geht und entfaltet sein Verständnis der Kirche in drei Punkten: 1. Das Evangelium ist die Botschaft davon, daß *Gott dem Menschen bis in die tiefsten Tiefen nachgeht.* 2. Die christliche Kirche ist dann Kirche, wenn sie den Weg Gottes zum Menschen nachgeht, wenn sie stets *unterwegs* ist, dem Menschen die Botschaft von dem ihn suchenden Gott nahe zu bringen. Die wahre Kirche ist eine *«Pilgerkirche»* in der Nachfolge. Ein wesentlicher Dienst, den die Kirche heute der Welt zu leisten hat, besteht für Hromádka in der Arbeit für den Frieden. In diese Aufgabe ist sie heute mit höchster Dringlichkeit gestellt. Ihr Ringen mit dem Frieden ist aber zugleich ein Ringen um die Neubesinnung auf das Wesen der Kirche, denn im Verlauf einer jeden ihrer Aufgaben stellt sich ihr von neuem die Frage nach der Begründung ihrer Existenz. 3. Kritik an der Kirche als Institution, die stets in Gefahr ist, zu erstarren. Fast regelmäßig mußte der soziale Fortschritt gegen den Widerstand der offiziellen Kirche erkämpft werden. Sie hinkt meist dem Zeitgeschehen nach. Hromádka wirft der Kirche vor, daß sie nichts oder zu wenig für die Armen, Unterdrückten und benachteiligten Völker getan hat bevor es zu spät war. Die Kirche ist heute aus dem Strom des Lebens verdrängt, weil sie schwieg, als sie hätte schreien sollen.

In den Beratungen der Prager Friedenskonferenz ist neuerdings der Ausdruck «Prager Theologie» in Gebrauch gekommen, der die umfassende Erneuerung der christlichen Kirche, die Einheit des Evangeliums und der Gemeinschaft der Menschen in der Liebe und Dynamik Gottes, besonders aber des heiligen Geistes meint.

Ein Hauptzug von Hromádkas Theologie ist die *Richtung in die Zukunft.* Die Zukunft, das Neue, die Überwindung des Alten steht unter der besonderen Führung Jesu Christi.

Der Verfasser beschließt seine Ausführungen mit einer kritischen Frage an Hromádka, die diesem in einer «Antwort als Nachwort» Gelegenheit gibt, auseinanderzusetzen, daß sein Verständnis unserer Situation in geschichtlichen Zusammenhängen viel mehr in seine Pastoraltheologie gehört als in eine Geschichtsphilosophie.

B. W.

WELTRUNDSCHAU

Wie soll geholfen werden? In Genf ist gegen Ende März eine riesige, aus über 120 Ländern mit 1500 Vertretern beschickte *Konferenz für Welthandel und Entwicklung* eröffnet worden. Wir wollen hoffen, daß sie nicht ebenso unfruchtbare «Arbeit» leiste wie bisher die Abrüstungskonferenz, aber wir sind davon keineswegs überzeugt. Denn ihr Zusammentritt ist, wie der Londoner «New Statesman» (27. März) ganz richtig sagte, «die

unmittelbare Folge der Unfähigkeit der Laissez-faire-Wirtschaften — auch wenn sie durch Wohlfahrtsmaßnahmen gemildert wurden —, mit dem Problem der internationalen Ungleichheit fertigzuwerden». Und die reichen Länder mit ihrer «freien» — das heißt kapitalistischen — Wirtschaft sind ebensowenig geneigt, durch den Übergang zu einer gebundenen, planvoll auf das Gemeinwohl und nicht auf den privaten Gewinn des Einzelunternehmers ausgerichteten Wirtschaft die Not der armen Länder aus der Welt zu schaffen, wie sie geneigt sind, durch militärische Abrüstung die Völker von der Kriegsgefahr zu befreien.

Die liberale Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspraxis, die grundsätzlich alles gehen läßt, wie es will, hat tatsächlich auch im Weltmaßstab gründlich versagt — trotz allen «Wundern», die sie in ihrem engeren Bereich zustandegebracht hat. Die Kluft zwischen den wirtschaftlich hochentwickelten und den unterentwickelten Ländern hat sich im letzten Jahrzehnt nicht verringert, sondern ist eher noch breiter geworden. Die Wirtschaftshilfe an die zurückgebliebenen Völker ist zwar von Jahr zu Jahr gestiegen, aber gleichzeitig sind die Preise der aus den unterentwickelten Ländern stammenden Rohstoffe im Verhältnis zu den Industriewaren um 30 Prozent gefallen und haben so den Wert der Wirtschaftshilfe auf weniger als Null zurückgeworfen. Wie der Generalsekretär der Welthandelskonferenz feststellte, sind zwischen 1950 und 1961 beispielsweise 23 000 Millionen Dollar an privatem und staatlichem Kapital in die lateinamerikanischen Länder geflossen. An Zinsen, Gewinnen und Dividenden sind davon aber 13 400 Millionen Dollar wieder aus diesen Ländern herausgezogen worden. Und der Preissturz für die von ihnen ausgeführten Rohstoffe, zusammen mit der Preissteigerung für Industriegüter, die sie einführen mußten, hat ihnen in der gleichen Zeit weitere 10 100 Millionen Dollar entzogen, so daß Lateinamerika in einem einzigen Jahrzehnt einen Reinverlust von insgesamt 500 Millionen Dollar erlitten hat.

Ähnlich steht es mit den anderen kolonialen und halbkolonialen Ländern. Darum die wachsende Empörung in all den betroffenen Völkern und ihr immer stärker werdendes Drängen auf Befreiung von dieser Ausbeutung durch die hochentwickelten Nationen, die die unterentwickelten Länder auf der Stufe von Lieferanten billiger Rohstoffe und Abnehmern teurer Industriewaren festhalten wollen. Dies um so mehr, als die fortgeschrittenen Länder ihrerseits gegen die Einfuhr von Industriewaren aus den unterentwickelten Staaten Schranken aller Art aufgerichtet haben, um nicht Produktionsstockung und Arbeitslosigkeit in ihrer eigenen Wirtschaft zu fördern.

Aufgabe der Welthandelskonferenz ist es nun, die unterentwickelten Länder aus dieser unhaltbaren Lage zu befreien. Und aus ihrer Mitte ergießt sich denn auch ein nicht versiegender Strom von Vorschlägen und ganzen Programmen dafür in die Welt hinaus. Die Ver-

einten Nationen, so wurde gesagt, stünden an einem entscheidenden Wendepunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. All die bisherigen Vorstellungen von Welthandel und Entwicklungshilfe müßten neu überprüft werden. Die Zölle und Einfuhrbeschränkungen müßten erniedrigt werden; ausländisches Kapital müsse in größerem Umfang in die Entwicklungsländer eingeführt und wirksamer als bisher gemacht werden; die Landwirtschaft dieser Gebiete müsse modernisiert werden, das internationale Währungswesen bedürfe einer gründlichen Umgestaltung — und so weiter, und so fort. Nur *davon* wollen die reichen Länder — auch die Schweiz — nichts wissen, daß das Problem der unterentwickelten Länder einzig gelöst werden kann, wenn diese Länder *aufhören, Gegenstand kapitalistischer und kolonialistischer Ausbeutung zu sein*, das heißt also, wenn die reichen Länder aufhören, die Armut der «zurückgebliebenen», in Wahrheit künstlich zurückgehaltenen Länder zur Ergatterung möglichst hoher Gewinne und Zinsen auszunützen. Denn das ginge eben bei den reichen Völkern ans Lebendige, an die Grundlagen ihrer ganzen Wirtschaftsverfassung, Gesellschaftsordnung und Lebensform. Und dagegen sträuben sie sich mit Händen und Füßen. Wenn trotzdem Vertreter unterentwickelter Länder an der Genfer Konferenz von Weltplanwirtschaft, von uneigennütziger Hilfe an die notleidenden Völker, von wirklichen Opfern für deren Hebung auf eine menschenwürdige Stufe reden, so wird das als Verhetzung, Kommunimus und Umsturz aller geheiligten Werte der abendländischen Kultur erklärt . . .

«Das Dilemma des weißen Mannes» So versucht man denn mit den mehr oder weniger wirksamen Mitteln der überlieferten Handelspolitik und Wirtschaftshilfe, die das kapitalistische System nicht antasten, den notleidenden Völkern zu helfen, also den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen. Begreiflich genug vom Standpunkt der weißen Rasse aus! Denn sobald die farbigen Rassen grundsätzlich auf die gleiche Stufe gehoben würden wie die weißen Völker, sobald Asien, Afrika und Lateinamerika ebenfalls industrialisiert und modernisiert wären, so würden — schrieb Lord Boyd Orr einmal — «die Europäer und ihre Nachfahren, die Amerikaner, die Weltherrschaft verlieren, die sie in den Jahrhunderten der Eroberungen vom siebzehnten bis zum neunzehnten Jahrhundert gewonnen haben. Dies ist das Dilemma des weißen Mannes. Er kann versuchen, seine militärische und wirtschaftliche Vorherrschaft mit Gewalt aufrechtzuerhalten; in diesem Falle wird er in einen weltumfassenden verhängnisvollen Krieg, schlimmer als der von Korea, verwickelt werden, dessen letztes Ergebnis der Untergang der westlichen Zivilisation sein wird. Auf der anderen Seite kann er seine gegenwärtige industrielle Überlegenheit für die Erschließung der Hilfsquellen der Erde nutzbar machen, um dem Hunger und der Armut ein Ende zu bereiten. Die Entscheidung ist schwer. Macht auf-

zugeben, widerstrebt der menschlichen Natur. Der ganze Patriotismus und der ganze Rassenstolz, die dem Westen eingepflanzt wurden, lehnen sich auf bei dem Gedanken an die Gleichberechtigung der Rassen.» Und — so fügen wir hinzu — bei dem Gedanken an die Preisgabe von Kapitalismus und Kolonialismus und an die Aufrichtung einer sozialistischen Weltwirtschaft, besonders wenn sie — wie kaum vermeidlich — weitherum zunächst kommunistische Formen annehmen sollte.

Ein ganz Schlauer meint zwar, die «freie Welt» könne den unterentwickelten Völkern helfen, die Abrüstung sichern *und* zugleich den Kommunismus zum Erliegen bringen. Walter Reuther, der Präsident der mächtigen Automobilarbeitergewerkschaft der Vereinigten Staaten, sieht nämlich, wie er in der «Saturday Evening Post» darlegt, die größte Schwäche der Sowjetunion in ihrer Unfähigkeit, im Wettrüsten mitzumachen und doch die Lebensbedürfnisse ihrer Bevölkerung zu befriedigen. «Unsere Strategie muß also darin bestehen, die Sowjetunion in einen Wettkampf zu verwickeln, in dem wir aus unserer ungenutzten wirtschaftlichen Stärke den größten Vorteil ziehen, um der über Gebühr belasteten Volkswirtschaft der Sowjets noch weitere Lasten aufzubürden. Wir können dies tun, indem wir Chruschtschew zum Wettbewerb auf dem Gebiet der friedlichen Wirtschaftsförderung der Entwicklungsländer herausfordern. Konkret gesprochen schlage ich vor, daß wir in den nächsten 25 Jahren jährlich im Durchschnitt 20 Milliarden Dollar für diesen Zweck veranschlagen . . . Das wäre eine Friedenserklärung — ein aggressiver Frieden, eine Friedensoffensive. Wir hätten die Initiative, und Chruschtschew hätte keine Wahl, als sich um ein Einvernehmen über eine wirklich eindeutige Rüstungsherabsetzung und endgültige Abrüstung zu bemühen.»

Dieser «geniale» Vorschlag krankt nur daran, daß man die Russen gar nicht erst zu zwingen braucht, auf eine allgemeine Abrüstung einzutreten. Sie *wollen* das ja gerade, um freie Bahn für die Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion wie in der ganzen übrigen Welt zu schaffen, überzeugt davon, daß eine Welt ohne Krieg eine *sozialistische* Welt sein werde. Ein amerikanisch-sowjetischer Wettbewerb um die wirksamste Förderung der unterentwickelten Länder könnte daher von den Amerikanern nur gewonnen werden, wenn sie auf *kapitalistische* Methoden in der Entwicklungshilfe verzichteten. Und davor werden sie sich wohlweislich hüten. Wollten sie dennoch alle Jahre 20 Milliarden Dollar im Rahmen einer kapitalistisch-imperialistischen Entwicklungshilfe ausgeben, so würden sie gegenüber den Russen bald ins Hintertreffen geraten. Richard Crossman, der britische Labourabgeordnete, sagt es (in seiner Schrift «Labour in der Überflußgesellschaft») deutlich: «Auf dem Gebiet der Militärmacht, der Wirtschaftsentwicklung, des technischen Fortschritts, der Massenbildung und schließlich auch des Massenverbrauchs beweist die sozialistische Planwirtchaft, wie sie in den kommunistischen Staaten vorgebildet ist, ihre

Fähigkeit, die reichen und behaglichen westlichen Wirtschaften zu überholen und zu überwinden ... Viele Polen, die sowohl London als Moskau besuchen, beneiden uns tief um unsere Lebensform; aber ein Iraki, Ägypter, Burmese oder Siamese, der die gleiche Doppelreise macht, würde zu einem ziemlich anderen Schluß kommen. Statt die westliche Freiheit dem kommunistischen Totalitarismus vorzuziehen, würde er wahrscheinlich denken, er habe über die Aufgabe, ein rückständiges Land rasch zu modernisieren und die Lebenshaltung der Massen zu heben, in Moskau, Ostberlin und Prag mehr zu lernen als in Washington, London oder Bonn ... Man kann darum mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß ohne eine grundlegende Wandlung im Aufbau unseres gelenkten modernen Kapitalismus der friedliche Wettbewerb, der jetzt zwischen Ost und West begonnen hat, mit einer Reihe kommunistischer Erfolge enden muß.»

Ein enger Zusammenhang zwischen Entwicklungshilfe und Abrüstung besteht freilich dennoch — nur umgekehrt als wie Reuther annimmt. So nämlich, daß die Mittel zur Hilfe für die unterentwickelten Völker am besten *der militärischen Aufrüstung weggenommen werden*, die jetzt alljährlich 140 Milliarden Dollar (rund 600 Milliarden Schweizer Franken) verschlingt. Für die Überwindung von Hunger und Elend in der Welt eingesetzt, würde schon ein Fünftel dieser Riesensumme genügen, um damit den Weltfrieden unvergleichlich wirksamer zu sichern, als es durch Fortsetzung des Wettrüstens geschieht, das nur einen Atomkrieg immer näher heranrückt. In der Tat, welcher Widersinn ist es doch, durch immer höher getriebene Kriegsvorbereitungen dem Weltfrieden eine mehr als fragwürdige Stütze geben zu wollen, die jeden Tag zusammenbrechen kann, und gleichzeitig darauf zu verzichten, durch großzügige Bekämpfung des Welthungers eine Hauptquelle der Kriegsgefahren ein für allemal zu verstopfen! Die brasilianische Regierung hat deshalb auf Betreiben Professor Josué de Castros, des wohlbekannten Vorkämpfers der Weltbewegung gegen den Hunger, der Abrüstungskonferenz beantragt, 20 Prozent der Rüstungsausgaben für die Hilfe an die unterentwickelten Länder zu verwenden und sofort einen Arbeitsausschuß zu ernennen, der entsprechende Studien zu machen und Anträge vorzulegen hätte. De Castro selber stellt dazu fest, daß «der Hunger der wirksamste Verhinderer des Friedens in der gegenwärtigen Welt geworden» sei und daß die einzig sichtbare Möglichkeit, die notwendigen großen Kapitalien für seine Überwindung und für die Beseitigung der Not der unterentwickelten Völker überhaupt aufzubringen, in einer kräftigen Verminderung der ausschweifenden Rüstungsausgaben liege. (Nach «Cité Nouvelle», Paris.)

Amerikas harter Kurs Es gibt nichts Vernünftigeres als diesen Vorschlag. Aber ihn zu begründen, heißt unter den herrschenden Umständen eben auch feststellen, daß die-

jenigen Großmächte, die für seine Verwirklichung entscheidend sind, sich *nicht* auf diesen Weg begeben wollen. Vor allem die *Vereinigten Staaten* nicht. Es ist zwar ganz sicher, daß im amerikanischen Volk Kräfte am Werk sind, deren Wirklichkeitssinn und guter Wille immer wieder überrascht und einem Mut macht. Aber noch wird eben die öffentliche Meinung Amerikas nach wie vor von einem Nachrichten- und Propagandaapparat beherrscht, der einen fast unbegrenzten, geradezu monopolistischen Einfluß auf die Bildung des sogenannten Volkswillens ausübt. Anderseits gibt es auch im engeren Kreis der Planer und Gestalter der USA-Politik Männer, sogar in ziemlich verantwortlicher Stellung, die sich den Forderungen der Zeitlage nicht einfach verschließen. So hat der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Senats, William Fulbright, kürzlich eine Rede gehalten, in der er die Abkehr von gewissen «Mythen» und die Hinwendung zu den «Realitäten» empfahl, namentlich im Verhältnis zu der kommunistischen Welt, zu Kuba und zu Panama. Das ist gewiß ein Zeichen dafür, daß sich in der amerikanischen «Volksseele» etwas gewandelt hat und drüben viele denkende Menschen das Bestehen einer kommunistischen Welthälfte als kaum mehr zu ändernde Tatsache anzusehen gelernt haben. Es erlaubt der Washingtoner Regierung auch zweifellos, da und dort etwas biegsamer aufzutreten, als sie das bisher getan hat, ohne darum in den Geruch der «Weichheit» zu kommen. Aber Präsident Johnson, Außenminister Rusk und die große Mehrzahl der übrigen Lenker von Amerikas Weltpolitik zeigten für die «realistischen» Anwandlungen des Senators aus Arkansas, trotz gewissen Komplimenten, die sie ihm machten, im großen und ganzen wenig Verständnis, und Fulbright selber unterstützt in so wesentlichen Fragen, wie zum Beispiel China und Vietnam sie stellen, durchaus die sture Haltung der Regierung. Auf jeden Fall ist der Bund zwischen Großkapital, Militär und Berufspolitikertum, der die Entscheidungen der Vereinigten Staaten beherrscht, völlig unerschüttert und weist keinerlei sichtbare Risse auf. Die Linie, der die nordamerikanische Union gegenüber den kolonialen und halbkolonialen Ländern und damit auch gegenüber dem Kommunismus folgt, bleibt so in allen wesentlichen Dingen doch die gleiche, die sie bisher war. In Lateinamerika, wo die «Allianz für den Fortschritt» offenkundig versagt hat, soll das alte Ziel der USA-Politik jetzt nur mit neuen Mitteln und Kräften weitererstrebt werden, eingeschlossen die Sicherstellung des nordamerikanischen Einflusses auf Panama. In Afrika ist, besonders in Rhodesien, im Kongo und an der Westküste, ein eigentlicher Neukolonialismus mit starker amerikanischer Beteiligung im Schwung. Und daß in Ost- und Südostasien die Machtstellung der Vereinigten Staaten unbedingt gehalten werden müsse, gehört mehr als je zu den obersten Grundsätzen, an die man im Weißen Haus und im Pentagon glaubt.

Wehrmachtsminister McNamara hat in der Tat von seiner dritten Besichtigungsreise nach *Südvietnam* die Überzeugung mitgebracht,

daß trotz allen politischen und militärischen Rückschlägen, die die Vereinigten Staaten dort erlitten haben, weder ein Rückzug der amerikanischen Streitkräfte aus Vietnam noch eine Neutralisierung des Landes — die ebenfalls auf seine Überlassung an die Kommunisten hinauslaufe — in Frage komme, also nur eine tatkräftigere Führung des Krieges an der Seite der Regierung von Saigon übrig bleibe. Eine Ausdehnung des Krieges auf Nordvietnam, so erklärte McNamara, sei zwar sorgfältig geprüft worden und werde, wenn nötig, auch vorgenommen werden; für den Augenblick genüge jedoch vermehrte Hilfe an die südvietnamesische Regierung, um zu verhindern, daß das Land der «freien Welt» verloren gehe.

Aber all die neue Geschäftigkeit, die die Führung der Vereinigten Staaten jetzt in Südvietnam an den Tag legt, kann in Wahrheit niemanden über die Aussichtslosigkeit des Krieges gegen die Widerstandsbewegung des sogenannten Viet-Cong hinwegtäuschen. Man fürchtet in Washington nur — wie Karl E. Meyer dem «New Statesman» (6. 3.) berichtet —, daß «übermäßige Offenheit das Saigoner Regime demoralisieren und die öffentliche Meinung Amerikas von jugendlichem Optimismus auf einen vollkommenen Defaitismus abdrehen könne». «Tatsache ist», so stellt dieser Beobachter — ein recht zahmer Liberaler — fest, «daß seit Jahren die USA-Politik in Vietnam ein Gemisch von Taschenspielerkünsten, Halbwahrheit und Selbsttäuschung gewesen ist». Und wenn man daran denke, wie General Harkins, der amerikanische Oberbefehlshaber in Südvietnam, schon vor einem Jahr verkündet habe, daß der Sieg der «guten Sache» nur noch eine Frage von Monaten sei, so könne man auch den neuen Siegesverheißungen nicht gerade viel Glauben schenken. Der «Bankerott der USA-Stellung» sei nicht mehr zu verhüllen, und die neue Kraftanstrengung habe vielleicht nur den Zweck, eine einigermaßen günstige Ausgangslage für Verhandlungen über den Abbruch des Krieges zu schaffen.

China – «nicht gefährlich» Es ist ja auch wirklich nicht einzusehen, warum eine *Neutralisierung* Südvietnams, wie sie durch Vereinbarungen auf internationaler Ebene festzulegen wäre, dazu führen müßte, die Kommunisten an die Macht zu bringen. Denn erstens ist die entscheidende Kraft, die hinter der Widerstandsbewegung steht, nicht der Kommunismus, sondern der Freiheitswille des Bauernvolkes, der Intellektuellen und aller übrigen Schichten, die unter dem Regime Diems und seiner Nachfolger so entsetzlich gelitten haben und sich zu der «Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams» zusammengeschlossen haben. Und darum ist zweitens die Politik der Befreiungsfront, wie wir hier schon wiederholt betont haben, keineswegs auf die Errichtung eines Regimes von der Art des in Nordvietnam bestehenden gerichtet, auch nicht auf eine

rasche und bedingungslose Vereinigung der beiden Landeshälften, sondern auf die Errichtung einer neutralen Zone, die Südvietnam, Kambodscha und Laos umfassen würde und das Verhältnis zu Nordvietnam in der Schwebe ließe.

Das bestätigt auch Wilfred Burchett in dem von uns bereits einmal angeführten Buch «Schatten über dem Dschungel», wobei er besonders hervorhebt, daß sich auch die Führer des kommunistischen Nordvietnam mit einer solchen Lösung abfinden würden. Sowohl Ho Chi-Minh, der Staatspräsident, als der Ministerpräsident Pham Van-Dong hätten ihm versichert, daß die Entscheidung über die Zukunft Südvietnams ausschließlich in den Händen des südvietnamesischen Volkes selber zu liegen habe. «Natürlich», so fügte der Ministerpräsident hinzu, «stehen wir auf dem Standpunkt, daß das endgültige Ziel die Wiedervereinigung Vietnams sein muß. Aber sie kann nur im Verlauf eines langen, schrittweise vorwärtsschreitenden Prozesses herbeigeführt werden. In welcher Weise die Wiedervereinigung schließlich erfolgen wird, kann heute niemand voraussehen.»

Die Ziele der «harten» Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten schließen freilich auch jede bloße Neutralisierung von Südvietnam, Laos und Kambodscha aus. Man will in Washington den ganzen südostasiatischen Raum und dazu natürlich China und Korea der «freien Welt» zurückgewinnen und darum auch die *Möglichkeit* beseitigen, daß Südvietnam in den Einflußbereich des Kommunismus gerate. Und wenn es nach Ansicht der Militärführer nicht anders ginge, so würde vielleicht auch die politische Führung der USA nicht davor zurückschrecken, durch einen Gewaltschlag gegen Nordvietnam den Krieg in Südvietnam zu beendigen, sobald einmal nach dem erhofften Wahlsieg der Demokraten im Herbst Präsident Johnson fest im Sattel säße. Die Gefahr wäre zwar groß, daß dann nicht nur China, sondern auch die Sowjetunion auf den Plan gerufen würde und daraus ein atomarer Weltkrieg hervorbräche. Aber wie eine letzthin veranstaltete Umfrage bei den Oberbeamten der Washingtoner Regierung ergab, hat man in diesen Kreisen nicht allzuviel Angst vor einer solchen katastrophalen Entwicklung. Man glaubt, daß Amerika und die Sowjetunion im Grund die gleiche Einstellung gegenüber China haben und daß Moskau alles tun würde, um eine Lage zu verhindern, die ein militärisches Eingreifen der Sowjetunion an der Seite Chinas erfordern würde. Und man ist darüber hinaus auch überzeugt, daß das kommunistische China auf die Länge überhaupt kein gefährlicher Feind der Vereinigten Staaten und der Westmächte sei. Die Pekinger Volksrepublik sei durch ihr Bevölkerungsproblem wie durch ihre technische und wirtschaftliche Rückständigkeit derart gehemmt, daß sie auf alle absehbare Zeit «ein lahmer Koloß» bleiben werde, der den machtpolitischen Vorsprung des Westens, eingeschlossen die Sowjetunion, nicht mehr einholen werde, besonders wenn Japan, Indonesien, Indien

und vielleicht auch die südostasiatischen Länder stark genug geworden seien, um China im Schach zu halten. Kurz, in Washington sieht man keinen Grund ein, um von dem harten Kurs abzugehen, den man in Ost- und Südostasien einhält. Auch von hier wird vorderhand kein Antrieb ausgehen, über die imperialistische Machtpolitik hinauszukommen, wie das notwendig wäre, wenn das Problem der unterentwickelten, notleidenden, ausgebeuteten Völker unserer Erde wirklich gelöst werden soll.

Gegenrevolution in Brasilien Das Voranstehende war gerade geschrieben, als in *Brasilien* die Regierung Goulart durch eine Offizierserhebung gestürzt und — mindestens vorläufig — eine reaktionäre *Militärdiktatur* aufgerichtet wurde. Der ganze Widersinn des Versuches, mit ausgesprochen kapitalistisch-kolonialistischen Verfahrensweisen einem unterentwickelten Land zu helfen, konnte kaum handgreiflicher klargemacht werden als durch diesen Regimewechsel, der in den Vereinigten Staaten so lebhafte Befriedigung hervorgerufen hat. Denn Brasilien ist wirklich das Musterbeispiel eines von in- und ausländischen Machthabern ausgebeuteten und niedergehaltenen halbkolonialen «Entwicklungslandes». Größer als ganz Europa, an Flächeninhalt nur von der Sowjetunion, von China und Kanada ein wenig übertroffen, ist es mit seinen 75 Millionen Einwohnern im Durchschnitt noch außerordentlich dünn besiedelt. Seine Wirtschaft ist ganz einseitig entwickelt; Nahrungs- und Genußmittel (vor allem Kaffee) und Rohstoffe (wie Gummi) auf den Weltmarkt liefernd, hat Brasilien erst richtig begonnen, sich zu industrialisieren und technisch zu modernisieren. Sein Straßen- und Eisenbahnnetz ist der Kilometerzahl nach das eines europäischen Kleinstaats.

Die Hälfte des Landes ist überhaupt noch unerforscht, und nur fünf Prozent des anbaufähigen Bodens sind bereits in Bearbeitung genommen. Fast die Hälfte davon ist in der Hand von 32 000 Großgrundbesitzern. Die Masse des brasilianischen Volkes selbst lebt in schlechterdings untermenschlichen Verhältnissen. Das Einkommen je Kopf ist eines der niedrigsten in Lateinamerika. Unterernährung und Hunger richten grausige Verheerungen an. Im Nordosten nähren sich die Menschen, wenn die Dürre kommt, von Kaktuspflanzen. Alljährlich sterben in Brasilien 375 000 Kleinkinder an vermeidbaren Mangelkrankheiten, 40 in jeder Stunde. Analphabeten gibt es fast 60 Prozent; schon darum ist die Großzahl der besitzlosen Landarbeiter völlig wehrlos der Willkür der Plantagenunternehmer ausgeliefert. Aber auch in den Städten und Industriegebieten ist die Not des Lumpenproletariats unbeschreiblich; die völlig verwahrlosten, jeder Anständigkeit entbehrenden Stadtrandsiedlungen sind so berüchtigte Brutstätten von Krankheit, Laster und Verbrechen wie die schmutzigsten Elendsviertel in Nordamerika oder Indien, während sich in den Geschäfts- und

Wohnvierteln der Großstädte Wohlstand, ja Reichtum und Luxus breitmachen wie nur irgendwo in den modernsten Industrieländern der übrigen Welt mit ihrem «Wirtschaftswunder». Brasilien ist so, kurz gesagt, ein Paradies für kolonialistische Raubritter und Plünderer.

In den Vereinigten Staaten rühmt man sich zwar der wirksamen Hilfe, die das nordamerikanische Kapital, wie anderen lateinamerikanischen Ländern, so auch Brasilien leiste. Wie es in Wahrheit mit dieser «Hilfe» aussieht, erfährt man aus einem Aufsatz, der am 16. November 1963 in der Neuyorker «Nation» erschienen ist. Sein Verfasser ist Andrew G. Frank, gegenwärtig Gastprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Brasilia. Der Beitrag des USA-Kapitals an die Entwicklung der brasilianischen Wirtschaft, so stellt dieser Fachmann fest, sei einfach negativ. «Amtliche brasilianische Zahlen für die Jahre 1947 bis 1960 erzeigen ein Einströmen von 1814 Millionen Dollar an Neuanlagen und Anleihen und ein Ausströmen von 2459 Millionen an Überweisungen von Gewinnen und Zinsen. Dazu kommen schätzungsweise 1022 Millionen Dollar ‚Dienstleistungen', die großenteils heimliche Überweisungen darstellen, so daß der Gesamtabfluß 3481 Millionen Dollar beträgt oder fast doppelt soviel wie der Zufluß, der netto 1667 Millionen Dollar ausmacht ... Diese Angaben enthalten aber nicht auch den Hauptteil des Privatkapitals aus Brasilien und anderen Ländern, das zurzeit auf 10 Milliarden Dollar für ganz Lateinamerika geschätzt wird und ins Ausland überwiesen wird (wie etwa an die berühmten Schweizer und Neuyorker Banken). Der wirkliche Kapitalabfluß aus Brasilien und den anderen kapitalarmen Ländern ist somit noch größer, als aus den obigen amtlichen Zahlen hervorgeht. Von amerikanischem Kapital, staatlichem und privatem, zu reden, das der Entwicklung der brasilianischen Grund- und Schwerindustrie zugutekomme, ist mehr als irreführend ... US-Privatkapital bevorzugt, wie jedermann aus täglicher Erfahrung bezeugen kann, die Ausfuhr-, Verarbeitungs- und Dienstleistungsindustrien — mit einem Wort: ‚Coca-Kolonisation'. Weit entfernt davon, zu Brasiliens Industrialisierung beizutragen, dient diese Kapitalanlage, ebenso wie die herkömmliche Anlage in der Rohstofferzeugung, nur dazu, die Wirtschaft unterentwickelt zu halten.»

Bei all dem sind noch nicht einmal die schweren Verluste eingerechnet, die Brasiliens Volkswirtschaft durch den Preissturz bei seinen Rohstoffen, Nahrungs- und Genußmitteln auf dem Weltmarkt erlitten hat! Solang dieses Verhältnis zwischen fortgeschrittenen und zurückgebliebenen Ländern andauert, ist es ein Hohn, von Hilfe für die unterentwickelten Völker zu reden. Und ob die Genfer Welthandelskonferenz hier wirklich einen grundlegenden Wandel schaffen kann und will, bleibt, wie schon gesagt, mehr als zweifelhaft.

Erst recht zweifelhaft bleibt der Erfolg des Staatsstreiches, der die bisherige Regierung Brasiliens gestürzt und im Namen von Verfassung

und Demokratie eine *Militärdiktatur* aufgerichtet hat. Denn auch der neue Präsident, der nächstens gewählt werden soll, wird ja ein Vertrauensmann der Militärführer, der Generalstabschef Branco, sein, der «mit fester Hand» regieren und alle Ansätze zu Sozialismus oder gar Kommunismus unterdrücken soll. Dabei war die Regierung des abgesetzten Präsidenten Goulart höchstens linksbürgerlich-fortschrittlich, nicht auf wirklich sozialistische Ziele hin ausgerichtet oder gar im Begriff, «das Land unaufhaltsam dem Kommunismus auszuliefern», wie die Führer des Aufstandes wirklich demagogisch behaupteten. Die Bodenreform, die sie vor allem ins Werk setzen wollte, erstreckte sich nur auf die Enteignung der Riesengüter mit über 500 Hektaren, soweit sie an Staatsstraßen grenzen, wie sie zur Erschließung von Nord- und Zentralbrasilien zu bauen begonnen wurden. Die Verleihung des Stimmrechts auch an Analphabeten, die Goulart ins Auge faßte, hätte freilich die besitzlosen Volksschichten an einer Wirtschafts- und Sozialpolitik interessiert, die der herrschenden Oberklasse hätte gefährlich werden können, aber über maßvolle Reformen im Rahmen der bestehenden Ordnungen, in der Richtung auf einen Wohlfahrtsstaat nach dem Muster der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder, wäre Goulart bestimmt nicht hinausgegangen. *Wenn* es in Brasilien früher oder später zu gewaltsam revolutionären Wandlungen von Staat und Wirtschaft kommen sollte, so wird dazu wesentlich gerade das konservativ-rückschrittliche Regiment beitragen, das jetzt mit wilden «Kommunistenverfolgungen» angehoben hat. Dann wird es eben doch gehen wie in Kuba, dessen revolutionäre Ausstrahlung auf das übrige Lateinamerika die kapitalistischen und feudalistischen Kräfte so sehr fürchten, das aber mit seiner radikalen Abschüttelung der inneren Klassenherrschaft und des ausländischen Kolonialismus den zum Bewußtsein ihrer Lage erwachenden Völkern Mittel- und Südamerikas mehr und mehr als Vorbild dient. Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Westdeutsche Wende ? Treiben es auch die Ewiggestrigen in der *deutschen Bundesrepublik*, mit Adenauer und Strauß im Hintergrund, so weit, daß nur noch eine Gewaltlösung (die doch keine Lösung wäre) die wachsende Spannung aufheben könnte? Vieles spricht dafür. Die Armeeführer und die politischen Scharfmacher drängen mit zäher Planmäßigkeit auf westdeutsche Mitverfügung über die amerikanisch-britischen Atomwaffen. An der technisch-industriellen Vorbereitung für die Erzeugung eigener Kernwaffen kann ebensowenig ein Zweifel bestehen wie an der westdeutsch-französischen Zusammenarbeit für die Entwicklung von Raketengeschossen. Zum Oberbefehlshaber der Bundeswehr ist unlängst der General Trettner ernannt worden, der unter Hitler in fast beispiellos steiler Laufbahn innert sieben Jahren vom Hauptmann bis zum Generalleutnant aufgestiegen und durch seine ganze Vergangen-

heit politisch schwer belastet ist. Nationalismus und Militarismus haben über die bundesrepublikanische Bevölkerung selbst wieder eine Macht erlangt, die den Außenstehenden oft einfach zur Verzweiflung bringt. Auf jeden Fall ist in Regierung und Volk die Feindseligkeit gegen Ostdeutschland und der allgemeine Antikommunismus derart borniert-bösartig, daß eine Lösung der deutschen Frage durch Verhandlung mit der DDR auf absehbare Zeit ganz ausgeschlossen erscheint.

Aber *eine* Tatsache wirkt dennoch all diesen düsteren Zerstörungskräften immer unwiderstehlicher und unwiderleglicher entgegen: die Tatsache, daß ein dritter von Deutschland ausgelöster Großkrieg den Urheber selber mit vernichten müßte. Es liegt darum doch ein gutes Stück Wahrheit in der Auffassung, daß — wie in den «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Märzheft) geltend gemacht wird — das Auf und Ab des politischen Kräftespiels in der Bonner Republik nur Bestandteil eines unumgänglichen Gärungsvorgangs im Bewußtsein des westdeutschen Volkes sei. Es handle sich hier gewissermaßen um «Wehen, die dem Durchbruch einer friedenserhaltenden Konzeption und damit der Abkehr von einer ganzen Tradition deutscher Außenpolitik notwendigerweise vorausgehen. So gesehen, stehen wir nicht nur am Wendepunkt einer 15jährigen Entwicklung, sondern auch am Wendepunkt einer mindestens 50jährigen deutschen Politik verfehlter Hoffnungen und selbstzerstörerischer Anmaßung. Die Chance der Neubesinnung, die uns 1945 gegeben war, haben wir — nicht allein durch unsere Schuld — im wesentlichen vertan. Jetzt stehen wir in einem Prozeß, der uns gleichermaßen durch die weltpolitische Entwicklung wie durch die innerdeutsche Friedlosigkeit aufgezwungen wird, uns aber die seinerzeit ungenutzte Chance erneut bietet.»

Eine Chance, jawohl, aber doch nicht mehr! Das Schwergewicht der geistigen und politischen Fehlentwicklung Deutschlands, die nicht nur auf 50, sondern auf mehr als 500 Jahre — sicher bis auf Luther — zurückgeht, hängt so unheimlich stark am heutigen Geschlecht der Westdeutschen, daß es eine fast wunderbar zu nennende Bekehrung und Kraft brauchte, um es abzuschütteln. Aber warum sollte dieses Wunder unmöglich sein? Auch im Völkerleben sind ähnliche Wendungen und Durchbrüche schon vorgekommen; sie kommen in mehr oder weniger gründlicher Art sogar bei allen großen Umwälzungen nationaler und sozialer Lebensformen vor. Leonhard Ragaz hat gern von der «Revolution Christi» gesprochen, die sich in diesen Umwälzungen weltlicher Ordnungen vollziehe — durch schwerste Kämpfe und Zusammenbrüche hindurch. Sollte nicht die Kraft *dieser* Revolution auch im deutschen Volk wirksam werden, das so ungeheure Schuld auf sich geladen hat, aber gerade darum auch tiefer Bereitschaft zur Sühne fähig sein mag?

10. April *Hugo Kramer*